

Jour fixe vom 10.05.2021

„Anti“- gegen „Rassisten“ – Der unassistische Klassenstaat und seine verfeindeten Moralisten (GS 1-21)

II. Anti- und Rassisten: Gläubige Anhänger der Lebenslügen des demokratischen Rechtsstaats

Fortsetzung von 1.

Letztes Mal wurde der Standpunkt der **Antirassisten** gekennzeichnet: Sie legen Wert auf ein nationales Kollektiv, auf eine Volksgemeinschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass niemand ausgegrenzt oder diskriminiert wird, dass sich gerade in der „*Vielfalt gleichberechtigter Untergruppen*“ die Gemeinschaft als harmonische auszeichnet. Was bedeutet dieser politische Standpunkt in den unterschiedlichen Nationen und was ist die Quelle dieser Gesinnung?

In den USA beziehen sich Antirassisten positiv auf Rasse, also auf die verschiedenen Rassen und die Communities, die z.B. Schwarze für Schwarze gebildet haben. Dies passt zwar überhaupt nicht zu den moralischen Vorstellungen der hiesigen Antirassisten – aber sehr wohl zu ihrem Standpunkt, die Gleichberechtigung aller Untergruppen zu fordern.

— *Amerikanische Antirassisten verstehen unter Gleichberechtigung, dass die Mitglieder der jeweiligen Community rechtlich gleich behandelt und ihre individuellen Lebenschancen bekommen sollen – sie fordern nicht die Abschaffung der Communities.*

— *Was ist die Kritik an ihnen? Der Text sagt, die Antirassisten verurteilen die „rechtliche Ungleichbehandlung, die sich daran“ – an den Communities – festmacht, und den „Unterschied in den individuellen Lebenschancen ... der damit verbunden ist“. Sie gehen also ganz selbstverständlich vom Resultat der dortigen Konkurrenzgesellschaft aus, davon, dass sich die Schwarzen in der Konkurrenz nur mit und in ihren Communities einigermaßen behaupten können. Ausgehend von dieser Tatsache fordern sie Nichtdiskriminierung der Mitglieder der Communities. Insofern affirmieren sie die Diskriminierung der Konkurrenzgesellschaft.*

Antirassismus in den USA geht mit der allergrößten Selbstverständlichkeit davon aus, dass eine Person dadurch definiert ist, dass sie einer bestimmten Community oder einer bestimmten Rasse angehört, schwarz, weiß, irisch oder Latino. Auf Grundlage der Existenz dieser verschiedenen Kollektive wird die Forderung erhoben: Angehörige der verschiedenen Kollektive sollen die gleichen Rechte und Chancen haben, und dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Kollektiv in der Konkurrenz nicht benachteiligt werden. Der Standpunkt der harmonischen Gemeinschaft existiert in den USA also im positiven Bezug auf die unterschiedlichen Communities. Für die und deren Mitglieder wird Gleichbehandlung und Gleichberechtigung angemahnt. Alle sollen gleichermaßen darin zusammenwirken, die Gemeinschaft voranzubringen und jenseits aller Unterschiede friedlich zu koexistieren. Im Unterschied zum Antirassismus in anderen Ländern, z.B. in Deutschland, wird von vorneherein im Sinne der Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung davor zurückgeschreckt, Leute nach ihrer Mitgliedschaft in einer speziellen Untergruppierung einzuordnen. Was bekanntlich inzwischen so weit geht, dass schon die Verwendung des Wortes Rasse problematisch ist.

— *Die Mitglieder der einzelnen Communities in den USA leben in Verhältnissen, die ihnen nicht gut tun. Das bemerken sie selbst und auch Außenstehende. Aus der Unzufriedenheit, die daraus erwächst, kommt die Forderung nach Menschlichkeit, Gleichheit, Gleichberechtigung – alles Werte, die in der amerikanischen Verfassung stehen. Mit ihrer Kritik berufen sie sich auf diese Werte und wenden sich mit ihr konsequenterweise an den Staat. Affirmiert wird das Klassenverhältnis – aufbegehrt wird mit dem Wert Gleichheit. Der Gedanke kommt einerseits aus dem Standpunkt der Antirassisten und andererseits bemüht er die Lebenslüge des Staates, er sei für alle und alles da, was den Bürgern auf der Seele brennt.*

Die Communities sind als positiver Bezug ihrer Mitglieder aufeinander zu kennzeichnen. Die brauchen und benutzen ihre Community, um in der Konkurrenz zu bestehen. Antirassisten stört, wenn die Communities diskriminiert und ungleich behandelt werden. Das widerspricht ihrem *Ideal* staatlicher Gemeinschaft.

Die Realität der *Verfassung* ist dagegen: Wenn der Staat, ob hier oder in Amerika, unter Berufung auf seine Verfassung die Leute als Gleiche, Freie und mit Menschenwürde ausgestattete Figuren behandelt, dann schafft er genau damit die unschönen Zustände, mit denen die Leute unzufrieden sind. Der Übergang, den die Antirassisten machen, liegt darin, dass sie die Prinzipien des Staates gar nicht darauf überprüfen, welcher Politik sie dienen, sondern sie als hehre Maximen für gut befinden. Dann ist Gleichheit identisch mit Nichtdiskriminierung und die Welt ist in Ordnung. Umgekehrt: Wenn in der Welt etwas nicht für in Ordnung befunden wird, wird dies fälschlich darauf zurückgeführt, dass das Ideal der Gleichbehandlung, der Nichtdiskriminierung noch nicht ganz verwirklicht ist. Weil Diskriminierung zu ihrem schönen Bild der harmonischen Gemeinschaft nicht passt, klagen Antirassisten ein, dass keinem negativ eine Besonderheit zugerechnet wird.

Die Klagen der Antirassisten beziehen sich auf die Lebenslüge des Staats, dass es seine Aufgabe wäre, sich um das Wohl der Gemeinschaft zu kümmern (Seite 9, letzter Satz). Diese geglaubte Lebenslüge lässt sich durch schlechte Erfahrungen nicht erschüttern. Aus denen folgt vielleicht Enttäuschung, zugleich wird aber daran festgehalten, dass es dem Staat darum zu gehen *hätte*, daran wird er gemessen.

*

— *Im Text heißt es, Antirassisten „blenden die politische und politökonomische Realität aus“. Sie nehmen die Resultate der Konkurrenz als Abweichung von den hehren Idealen und ermahnen den Staat, dass er seinen Zielen nachkommen müsste. Aus der Erfahrung der Diskriminierung folgern sie, dass der Staat umso mehr darauf verpflichtet werden muss, seiner eigentlichen Aufgabe nachzukommen.*

Für die Antirassisten besteht Diskriminierung in Sortierung nach und Ungleichbehandlung wegen der Hautfarbe. Das mahnen sie als Verstoß gegen die Ideale an. Die normal stattfindende Sortierung des Staates, die Pflichten, die er den Leuten auferlegt, damit sie ihre Funktion in der Gesellschaft erfüllen, sich den Notwendigkeiten der Konkurrenz unterordnen – das alles blenden sie aus, das stört sie gar nicht. So passt ‚Ausblenden‘ der Realität – sich ignorant gegen sie zu stellen – mit dem Ideal zusammen, das sie vom Staat haben.

— *Antirassisten blenden nicht einfach nur die Realität aus, sondern – was eigentlich schlimmer ist – sie geben ihr einen idealen Inhalt. Sie verwandeln die Realität in etwas, was eigentlich dem Guten, Schönen und Wahren dient. Das ist die Kritik an den Antirassisten und nicht, dass sie keine Kapitalismuskritik üben.*

Mit dem Ideal, der Staat müsste sich eigentlich um das Wohl der Leute, das Gute, Schöne und Wahre kümmern, überhöhen Antirassisten die Realität. Was bei ihnen aber gar nicht vorkommt, ist, wie er die Leute tatsächlich behandelt und was er damit bewirkt. Antirassisten kommen nie auf den Punkt, worum es im Staat wirklich geht und wonach er die Leute tatsächlich sortiert. Das ist mit dem ‚Ausblenden‘ ausgedrückt.

Der Vorwurf ist nicht, dass Antirassisten keine Kapitalismuskritik üben, sondern *welche*: ‚Ausblenden‘ verweist darauf, dass Antirassisten die Verhältnisse gar nicht objektiv zur Kenntnis nehmen; deren politische oder politökonomische Bestimmungen sind nicht ihr Gegenstand. Was sie vorrangig an den Verhältnissen auszusetzen haben, ist im Text benannt als „das falsche Bewusstsein von dem Privileg, ein weißer Eingeborener zu sein“. Damit ist die Einbildung der Einheimischen gemeint, als etwas Besonderes einen Anspruch auf Sonderbehandlung zu haben. Das ist der Aspekt, auf den sich Antirassisten in der Gesellschaft kaprizieren, auf den sich auch ihr Idealismus bezieht. Das Fatale ist, dass sie damit das verlogene Selbstbild des Staates übernehmen. Das drückt der Text mit ‚ausblenden‘ und ‚gerade mal nicht so wichtig finden‘ aus.

— *Meine Kritik bezieht sich auf das ‚Ausblenden‘ im Sinn von ‚nicht zur Kenntnis nehmen‘. Wenn Antirassisten die Berufshierarchie in den Blick nehmen und feststellen, dass es z.B. Schwarze schwerer haben einen Job zu finden, als Menschen mit weißer Hautfarbe, dann sprechen sie von Entscheidungsträgern z.B. in Personalbüros, die darüber entscheiden, wer welchen Job kriegt. Da wird nichts ausgeblendet, im Gegenteil wird die Realität betrachtet mit der idealistischen Vorstellung, dass in dieser Welt eigentlich jeder zu dem Seinen kommen müsste und es eine harmonische Gesellschaft wäre, wenn die Ideale beachtet würden. Sie sehen die Realität, geben dieser aber mit dem ‚eigentlich‘ eine andere Deutung.*

— *Der Inhalt ihres Fehlers ist die Abstraktion von den Verhältnissen, in denen sie leben. Wenn man sagt, die Antirassisten sind Idealisten der Verhältnisse und beziehen sich auf das Selbstbild des Staates, dann abstrahieren sie von den wirklichen Verhältnissen. Die beiden Seiten sollte man nicht gegeneinander halten.*

— *Bei einer Abstraktion ist entscheidend, wovon es die Abstraktion ist und wohin sie geht. Hier ist entscheidend, wohin sie geht. Ausgangspunkt ist das Selbstbild des Staates, der in Bezug auf die Indienstnahme der Bevölkerung selbst von einem Privileg spricht. Dass diese Leute die wirklichen Verhältnisse ignorieren, ist Folge eines Idealismus, um den es hier geht.*

— *Die Abstraktionsleistung ist darin begründet, dass sie die Benutzung der Bevölkerung durch ihren Staat als Privileg hochhalten und dann den Ausschluss, die Diskriminierung, anprangern.*

— *Sie leben in den existierenden gegensätzlichen Verhältnissen, befassen sich damit aber geistig gar nicht, sondern behaupten, die Welt sollte eigentlich für alle gleich gute Bedingungen haben. Darin steckt die Abstraktion mit der Folge, eine ideale Gesinnung von der Welt, in der sie leben, einzunehmen.*

Die *Quelle* ihrer Gesinnung ist eben nicht die ökonomische Realität, sondern die Lebenslüge des Staates. Antirassisten sind die radikalen Vertreter dessen Selbstbildes – nach der menschenfreundlichen Seite hin.

— *Der Punkt II.1. ist also eine Kritik daran, Antirassisten aufzufordern, sie sollten sich mal die politökonomische Realität anschauen und sie analysieren. Der Artikel benennt deren Fehler, der in der Übernahme des Selbstbildes liegt, das der Staat von sich selbst entwirft. Davon sind sie die Extremisten der einen Seite, des Schönen, Wahren und Guten. Den Fehler machen sie, wenn sie in die Welt blicken – Beispiel Personalbüro oder ein Vermieter, der nicht an Dunkelhäutige vermietet – das sind die „Gemeinheiten in der permanenten Konkurrenz um Geld und Karriere“. Da sagt der Text: Es ist nicht so, dass sie das vergessen hätten, sondern sie sehen das, aber falsch und idealistisch, weil sie von dem staatlichen Selbstbild herkommen, das sie teilen. Das ist eine bessere Kritik als zu sagen, sie abstrahieren von den Bestimmungen der kapitalistischen Konkurrenz. Ihr Idealismus ist verkehrt, weil er die Lebenslüge des Staates übernimmt.*

Natürlich ist es ein falscher Blick auf die Realität, wenn Antirassisten in den Verhältnissen ausgerechnet das falsche Bewusstsein der Leute zum Hauptgrund von Diskriminierungen erklärt. Antirassisten kritisiert man nicht damit, dass sie sich um die wirklichen Zustände kümmern sollten, sondern mit dem Ideal, das sie hochhalten, indem sie sich positiv auf das Selbstbild des Staates beziehen.

— *Wenn die Antirassisten selbst zum Verfechter der Lebenslüge des Staates werden, nicken sie in dieser Parteilichkeit für die höheren Werte das, wovon es höhere Werte sind, mit ab. Insofern ignorieren sie diese politökonomische Realität nicht, sondern haben in ihrem Kampf fürs Höhere und Bessere ihr Weltbild mit integriert, dass die Realität sich ein Stück weit der Kritik entzieht und um die eigentliche Verwirklichung kämpft, die eben im Höherem besteht. Darin liegt das Affirmative.*

— *Der Artikel stellt klar: Die Kritik heißt nicht, wie kann man nur mit so einem bornierten Standpunkt auf die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft blicken. Sie heißt: Dieser Idealismus verhimmelt die Konkurrenzgesellschaft angesichts ihrer Realität, die Antirassisten so idealistisch in den Blick nehmen.*

In Punkt III.2. wird das Beispiel Personalbüro explizit zum Gegenstand gemacht. Da kann man nochmal diskutieren, wie sich Antirassisten auf die Konkurrenz und die dort stattfindende Diskriminierung beziehen.

2.

— *Die Antirassisten stellen sich auf die eine Seite der Doppeldeutigkeit, in der Abteilung der Menschenrechte. Die **Rassisten** nehmen Partei für die Kehrseite des Selbstbilds des Staates als ein Gemeinwesen, das exklusiv für den besonderen, bei ihm lebenden Menschen-schlag da ist. Von daher haben Fremde für sie hier prinzipiell nichts verloren.*

Sie verlangen ein positives Verhältnis zum Deutschsein, es wäre zu klären, was das Verkehr-

te daran ist, und inwiefern das die andere Seite oder das andere Extrem der vom bürgerlichen Rechtsstaat verbreiteten Lebenslüge ist.

— *Behauptet wird, dass die Tugenden, die uns als Kollektiv auszeichnen wie Pünktlichkeit und Ordnungsliebe nicht Tugenden sind, die zur bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft gehören, sondern dass diese Besonderheiten uns als besonderes Volk ausmachen, also etwas sind, was wir jenseits der Staatszugehörigkeit sind, was in ‚unseren Wurzeln‘ begründet liegt.*

— *Stellen sich die Hardcore-Nationalisten nicht auf die Seite des Privilegs, das das deutsche Volk gegenüber anderen, die nicht zum Staatsgebiet gehören, auszeichnet? Das ist die Seite der Lebenslüge, dass der Staat mit seiner Güte, Menschlichkeit und Gleichheit – die für die gesamte Menschheit gelten soll – seinem eigenen Volk seine Güte in besonderer Weise zuteilwerden lässt. Das bebildern sie mit allen möglichen Geschichten von den deutschen Wurzeln, den Lebensumständen, in die man hineingeboren und denen man unterworfen ist. Der Staat hat den Auftrag, sich dieser Identität anzunehmen und das Privileg zu verwirklichen. Er ist nicht der Ausgangspunkt dieser Identität, sondern umgekehrt hat das deutsche Volk einen Anspruch an den Staat, diesem besonderen, historisch gewachsenen Volk zu dienen.*

Der Abschnitt (S. 10, 2. Absatz) fängt mit ihrer Gesinnung an und kommt auf die Basis dieser Gesinnung. Die begründet sich in den Verhältnissen, in denen sie leben, die sie als Selbstverständlichkeit nehmen, sich zur Gewohnheit gemacht haben, aber das verwandeln sie in besondere Eigenschaften, Tugenden und ihre Identität. Von daher kommen die Nationalisten auf die Forderung an den Staat, dass er sich für ihre Besonderheit, die sie als dieser besondere Menschenschlag darstellen, auch einsetzen soll. Da nehmen sie die Selbstlüge des Staates aus Kapitel I auf. Sie verlangen ein bedingungsloses Bekenntnis zur Nation als wichtigste Selbstdefinition, als Identität. Mit diesem festen Standpunkt knüpfen rechte Aktivisten an der Behauptung vom Staat als Diener seines Volkes an, der für dessen Leben zuständig ist, was sein Volk von ihm auch verlangen kann.

Grundlage des Standpunkts des Hardcore-Nationalismus ist die Stellung des Bürgers, die Anforderungen an sich als Selbstverständlichkeit zu nehmen und gleichzeitig seine gewohnten notwendigen Einstellungen zum Zurechtkommen zu überhöhen und zur Identität und Tugend von sich selbst zu erklären. Die Idee, einem besonderen Menschenschlag anzugehören, ist nicht einfach eine Spinnerei, sondern hat seine Basis im allgemeinen Patriotismus, den die Leute selbst pflegen. Diese allgemeine Stellung wird hier radikal.

— *Die Radikalisierung geht dann so, dass der Rechtsradikale das zweite Moment des staatlichen Ethos, die allgemeinen Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschenwürde, als Verstoß gegen das Erste, in seinen Augen Eigentliche nimmt, das darin besteht, sich um die Wohlfahrt seiner Bürger zu kümmern.*

Diese zweite Seite des staatlichen Ethos, das Wohl der ganzen Menschheit, kommt bei den Rechtsradikalen als Auftrag an jede Nation vor, sich jeweils um die *eigenen* Bürger zu kümmern.

Die Logik der Rassisten folgt drei Schritten: Die Leute verstehen sich als Deutsche, ordnen sich einem besonderen Kollektiv zu, beurteilen von diesem Standpunkt aus die Welt und haben den Anspruch, dass der Staat diesem Kollektiv gerecht zu werden hat. Im zweiten Schritt unterstellen Hardcore-Nationalisten nicht nur als völlig selbstverständlich, dass man sich *als Deutscher* zu Wort meldet. Sie haben den Verdacht, dass diesem von ihnen geforderten Standpunkt zu wenig Gültigkeit verschafft wird. Sie verlangen ein *positives* Bekenntnis zum Deutschsein und eine Verpflichtung des Staates darauf, dem Kollektiv gerecht zu werden. Der letzte Schritt der Radikalisierung, S. 11 oben, besteht in dem Übergang, die Qualität, deutsch zu sein, wirklich rassistisch zu deuten. Der Nationalcharakter wird als eine natürliche, den Leuten angeborne Qualität gefasst. Wird der Staat dem nicht gerecht, vergeht er sich an der natürlichen Bestimmtheit seines Volkes z.B. indem er Fremde hereinlässt.

— *Den Unterschied zwischen dem „wurzelhaft Naturwüchsigen“ zu dem „buchstäblichen Natürlichen“ des Deutschseins verstehe ich so, dass Letzteres keinen Grund mehr angeben will.*

Das ist keine Frage der Begründung. Das, was als Tugenden, die einen Deutschen auszeichnen, also als Nationalcharakter besprochen wird, ist nichts anderes als die gewohnheitsmäßige Anpassung an Verhältnisse, die übrigens nicht nur Rechte als ihre Wurzeln bezeichnen. Die Verhältnisse, in denen man lebt, werden gedeutet als das, was einen selbst ausmacht, was einem entspricht. Dazu kommt der rassistische Schritt, der das zur Natureigenschaft zu erklärt. Das Deutschsein ist dann keine Frage des Bewusstseins mehr, sondern eine Frage der Natur, der man nicht auskommt. Der deutsche Staat darf das nicht ruinieren, indem er die deutsche Natur daran hindert, sich auszuleben. Dieser Standpunkt der Besonderheit der Deutschen wird ständig in irgendeiner Weise bebildert. Auch das Argument der Wurzeln ist ein Bild für Unausweichlichkeit, aber keine Begründung.

— *Eine Frage zum Argument auf S. 10 unten: „Er (der Staat) wäre der Auftragnehmer eines ihm vorgegebenen waldursprünglichen Volkswillens und Hüter einer nationalen Leitkultur, die zum Wesen seines angestammten Volkes gehört“. Ist mit dem Staat als Auftragnehmer eines waldursprünglichen Volkswillens die Wahl gemeint, die eben nur der mit dem deutschen Pass vollzieht? Ist „waldursprünglicher Volkswille“ eine Ironie oder Übertreibung der Rechten?*

Hier soll zum Ausdruck gebracht werden, dass auch die Rechten sich auf das Selbstbild des bürgerlichen Klassenstaates beziehen. Der Staat selbst überhöht all sein Tun dahingehend, dass er dem entspräche, was das Volk ausmacht: Das Volk ist nicht das, was er sich qua seiner Gewalt zum Material macht, sondern eine dem Staat vorausgesetzte Gemeinschaft, die eine eigene Qualität und einen eigenen Charakter hat und in deren Dienst der Staat unterwegs ist, um eine Heimat zu schaffen, in der das Volk in Harmonie zusammen leben kann. Dieses Verhältnis ist mit dem Pass nicht gut erklärt. In der Selbstlüge des Staates ist es die unmittelbare Verbundenheit mit der besonderen Gemeinschaft, als deren Auftragnehmer der Staat sich darstellt und versteht. Bebildert wird es permanent, sei es als Tradition, als Geschichte, als Kultur oder als Eigenart dieses Volkes. An dieses staatliche Selbstbild knüpfen die Hardcore-Nationalisten an und bestehen darauf, dass der Staat das, was das deutsche Volk ausmacht, zum Tragen kommen lässt. Weil sie befinden, dass dieser seinem eigenen Auftrag, sich um das deutsche Volk zu kümmern, nicht entspricht, womöglich Fremde hereinlässt und diesen etwas zukommen lässt, was eigentlich dem deutschen Volk gehört, werden sie kritisch gegenüber dem bürgerlichen Staat. Was sie also vor allem beanstanden, ergibt sich nicht aus dem staatlichen Agieren bezüglich seines Volkes in der Heimat, sondern daraus, dass diese nicht *exklusiv* die Heimat seines Volkes ist, dass also Ausländer nicht ferngehalten werden. Das, was der Staat von ihnen als seiner Manövriermasse verlangt, interpretieren sie als ihren Anspruch auf Besonderheit und wandeln es in Forderungen an den Staat um.

— *S. 11 Mitte: „Dass es im Alltag des nationalen Kapitalstandorts erst einmal auf ganz andere Dinge ankommt als auf die Pflege eigener und die Abwehr fremder Natur- und Kulturgüter, das ist natürlich auch den rechten Nationalisten klar“. Was ist ihnen da klar?*

„Klar sein“ ist hier im Sinne einer praktischen Stellung zu den Notwendigkeiten einer bürgerlichen Existenz gemeint, nicht im Sinne einer Einsicht. Die ständige Beschwörung ihres Deutschseins hindert sie nicht daran, die Anpassungsleistungen zu erbringen, die in einem demokratischen Gemeinwesen erforderlich sind.

— *Und umgekehrt hindert sie ihre Anpassungsleistung nicht daran, diese in ihrer verrückten Art und Weise zu deuten.*

— *Genau wie die Antirassisten blenden auch die Rechten die Realität nicht aus. Dass sie für den Staat funktionieren müssen, merken sie dauernd und machen ihren Frieden damit, indem sie alles, was sie erfahren, auf ihre exklusive Vorzugsbehandlung als Deutsche fokussieren und dem Staat gegenüber auf diesem ihrem Recht bestehen. Das ist ihr Idealismus, mit dem sie nicht nur ihren Frieden mit den Verhältnissen machen. Von dem Standpunkt aus gehen sie den Staat auch an, weil er in ihren Augen dauernd an diesem Ideal versagt.*

Insofern haben sie kein Problem mit harten Grenzregimen wo auch immer auf der Welt oder mit der staatlichen Behandlung von Asylanten und Flüchtlingen. Ihre Differenz zum Staat kommt daher, dass dieser nach ihrem Verständnis noch viel zu viele Fremde hereinlässt.

III. Freiheit fürs Volk oder Gleichheit für die Menschen: Überzeugungsarbeit für die richtige Gesinnung

1.

Rassisten beziehen sich bei ihrer Überzeugungsarbeit für ihre Sicht der Dinge auf die unterstellte Heimatliebe der Nationalisten und bedienen diese mit den Mitteln der Bebilderung und Beschwörung eines speziellen Nationalcharakters, einer ruhmreichen Tradition oder einer mehr oder minder ruhmreichen Geschichte. Damit sind sie aber nicht zufrieden.

— *Das praktische Gefühl der Heimatverbundenheit zu einem Argument machen zu wollen, ist eigentlich ein Widerspruch. Bewältigt wird das mit einer Verschiebung auf eine höhere methodische Ebene der Argumentation, über die Beschwerde der Beschneidung des Rechts, äußern zu dürfen, was man denkt. Das gilt schon als Hinweis darauf, dass eine nicht volksfreundliche Regierung berechnete Forderungen der Rechten ablehnt und ächtet. Dagegen gilt es die Forderung nach Freiheit der Meinung, ein hohes Gut in der Gesellschaft, hochzuhalten.*

— *Worin steckt die agitatorische Überzeugungskraft des Arguments? Die Rechten wollen von der normalen Heimatliebe, vom normalen Nationalismus ausgehend Kämpfer für die Heimat sein, sie fordern vom Staat rückhaltlosen Einsatz für sein Volk. Zu diesem Aktivismus wollen sie die Leute bringen mit dem Argument, man müsse sich zu Deutschland, zum Deutschsein und Deutschtum doch bekennen dürfen.*

Die Verschiebung besteht nicht darin, dass sie für Heimatliebe agitieren. Dass die bei den Leuten zu finden ist, davon gehen sie aus. Wenn die AfD im Parlament argumentiert, macht sie sofort den Übergang zum bestrittenen Recht: „Das wird man doch mal sagen dürfen“ und „Hier wird eine Meinung unterdrückt und das legitime Recht, den nationalen Standpunkt vertreten zu dürfen“. Diese Verschiebung ist ihre Tour zu agitieren und die Leute dazu zu mobilisieren, sich für diesen Standpunkt einzusetzen und gegen die Regierung zu opponieren.

— *Jeder Bürger beharrt doch auf dem Recht, seinen Standpunkt vertreten zu dürfen, vor allem, wenn es um den Schutz der Heimat geht. Das Recht bestreitet ihm keiner. Was ist dann das Überzeugende an der Tour „Man wird das doch wohl sagen dürfen und recht eigentlich wird uns dieses Recht genommen“? Es muss das Kämpferische in dieser Art der Agitation sein, wie sie auftreten als Aktivisten der freien Meinungsäußerung und der Freiheit, sich zum eigenen Deutschtum bekennen zu dürfen.*

— *Wenn man sagt, sie dürfen doch für Heimat sein, fehlt die andere Seite. Die Rassisten sagen doch nicht, für Heimat darf man ja sein, jetzt geht es nur noch darum, sich äußern zu dürfen. Sondern sie geben sich als Tabu-Brecher in dem Sinne, dass ein Common Sense im Lande herrscht, der ihnen ihr natürlich angestammtes Recht verwehrt, für die Heimat zu sein und sich entsprechend zu äußern. Diese Kombination aus Heimat und dem verwehrten Recht, seine Meinung zu äußern, macht das Kämpferische aus.*

Die Rechten stellen sich hin als welche, denen der Mund verboten wird und Tabubrüche vorgehalten werden. Man denke an Weigel mit ihren „Kopftuchmädchen“ und „alle Ausländer sind Kriminelle“. Oder das Gauland-Zitat, Hitler und die Nazis seien nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte. Da war klar, das gehört sich nicht. Die AfDler sagen aber, damit spricht man dem Volk aus der Seele. Das sind gezielte Tabubrüche, mit denen sie Wert darauf legen, zu sagen, man muss die Nation und das Recht der Nation hochhalten und gegen andere verteidigen. Und weil sie ja sagen, wie es ist, dürfen sie nicht zurückhaltend sein und sich eine klare Sprache verkneifen. Wenn ihnen diese Freiheit verwehrt würde, sei das ein Zeichen für Unterdrückung und dagegen müsse man sich wehren. Das ist ihre Agitation.

— *Tatsächlich nutzen sie dabei den antifaschistischen Common Sense der Nachkriegsrepublik aus. Gegen den machen sie gezielt Tabubrüche, also gegen das Bild, das der deutsche Staat sich in seiner Verfassung gegeben hat.*

Nochmal einen Schritt zurück: Hier geht es um radikale Positionen. Das sind Leute, die nicht einfach ihre Heimat schön finden und gerne Deutsche sind. Sie sind unzufrieden und haben einen Einwand gegen die praktizierte Politik, die dem Volk nicht gerecht werde. Sie

finden, dass viel zu viel Ausländer hier sind. Für dieses Programm wollen sie agitieren und eine Front gegen die herrschende Politik aufmachen. Und hier findet nun eine Verschiebung statt: Sie sagen nicht einfach, dass die Politik nicht genug für das deutsche Volk tut, sondern setzen die Behauptung in die Welt, die amtierenden Politiker seien Volksverräter – was man daran merke, dass diese ihnen den Mund verbieten, wo sie sich doch für das Deutschtum und für das deutsche Volk einsetzen. Dabei können sie sich darauf berufen, dass hier tatsächlich so etwas wie eine Political Correctness herrscht und bestimmte Aussagen in Sachen Faschismus, Holocaust und ähnlichem geächtet sind.

— *Das Nachkriegs-Deutschland hat sich bei seiner Gründung den Antifaschismus in seine Staatsraison geschrieben, man denke an Merkels Spruch, die Sicherheit und Souveränität Israels sei Teil deutscher Staatsraison. Wenn da Gauland die zwölf Jahre Nazi-Herrschaft als Vogelschiss in der deutschen Geschichte bezeichnet, agitiert er nicht bloß gegen einen schönen Schein, den sich Deutschland gegeben hat. Der Tabubruch hat zum Inhalt, dass Deutschland mit seiner Staatsraison nicht dem nationalen Interesse nachkommt und die AfD sich deswegen gegen diese Staatsraison wendet.*

Ihr Übergang ist zu sagen, dieses Regime ist ein Volksfeindliches, was man daran erkennt, dass das Volk nicht mal seine nationalen Ansichten laut sagen darf.

Die Rechten werden von ihrem Hardcore-Nationalismus aus kritisch und unzufrieden, kritisieren die Staatsraison der BRD und sagen, das Establishment muss weg, Deutschland aus der EU raus usw... Für diese Position zu agitieren kann nicht dabei stehenbleiben, das Heimatgefühl der Deutschen zu beschwören, sondern die Leute sollen zu ihrer Sorte Aktivismus bewegt werden. Wie impft man Bürger, die sich als Deutsche fühlen und im Alltag mehr oder minder zurechtkommen, auf den Standpunkt, dass es hier viel zu wenig auf Deutschland ankommt? Das ist an der AfD so schön zu studieren. Die Leute werden auf diesen Standpunkt gehoben durch die Behauptung, dass es ihnen als Deutsche verboten ist zu sagen, was sie denken, und sich für Deutsche und Deutschland einzusetzen.

— *Das ist die Art und Weise zu entlarven, dass man sich durch das Eintreten für sein eigenes Volk und für eine nur dem eigenen Volk verpflichtete Politik lauter Schwierigkeiten mit dem Staat einhandelt. Dass die herrschende Regierung also dem Volk nicht gerecht wird, ist das Beweisziel.*

— *Sie verweisen auf lauter geistige Einschränkungen und Gängelungen nach den Maßstäben der Political Correctness und damit auf die Aushebelung eines demokratischen Grundrechtes. Sie verweisen ganz methodisch darauf, dass ihnen als Staatsbürger prinzipielle Freiheitsrechte nicht gewährt werden. Mit diesem Moralismus agitieren sie die Leute, damit die von der Stellung zu Deutschland als schöne Heimat den Übergang machen zu der Überzeugung, dass in diesem Land vieles nicht in Ordnung ist und man die Sache selber in die Hand nehmen muss, um das zu ändern.*

— *Die Einigkeit zwischen den Staatsbürgern, also dem normalen Volk, den AfDlern und den Demokraten besteht aber doch in dem höchsten Wert der Freiheit. Wenn dann gesagt wird, wir, noch dazu ins Parlament Gewählte, werden in unseren Freiheiten beschnitten, ist die Vereinnahmung der Leute angestrebt. Das ist der methodische Moment der Agitation.*

— *Sie sind nicht einfach Vertreter der Meinungsfreiheit, sondern es geht ihnen ums Ganze: Euch als Volk wird das höchste Gut, die Freiheit, Volk sein zu dürfen, verwehrt.*

„Man wird doch noch mal sagen dürfen“ baut auf die Art und Weise des üblichen politischen Sich-Äußerns: Jeder sachliche Einwand und Inhalt hat sich daran zu relativieren, dass es das Wichtigste ist, ihn frei äußern zu dürfen. Damit ist auch jedes Beharren auf einer Meinung eine unzulässige Benutzung der Meinungsfreiheit.

— *Das ist es, was bei dieser ‚Verschiebung von dem politischen Inhalt auf die Ebene des Dürfens‘ stattfindet. Das ist im vorletzten Absatz von III.1 ausgedrückt als ‚Erniedrigung jedes Arguments‘. Der Inhalt der Kritik und die Argumente spielen überhaupt keine Rolle, sondern es geht hier nur noch um das Recht, sich zur Politik zu äußern.*

— *Hier geht es um ein Heiligtum der Demokratie. Anstatt sich mit den Argumenten der anderen Seite auseinanderzusetzen, beruft man sich auf die Lizenzvergabe und sagt, die wird mir verweigert, die Meinungsfreiheit wird vom Staat mit Füßen getreten. Das haben sich die*

Rechten nicht selber ausgedacht, das ist Teil des demokratischen Diskurses.

Aber es bleibt nicht dabei, das Recht auf Meinungsäußerung einzuklagen, sondern die Rechten beharren darauf auszusprechen, was das Volk denkt. Und es endet darin, dass die Parole ‚Wir sind das Volk‘ zum Besitzstand der Rechten geworden ist. Die rechten Vertreter des Volkes stehen gegen die Volksverräter in der Regierung.

Die Rechten nehmen „Wir sind das Volk“ für sich in Anspruch, behaupten, das zu sagen, was die Leute denken, und sind damit erfolgreich. Und wie reagiert die Gegenseite? Sie warnt davor, dass die Stimmung im Land tatsächlich in deren Richtung umkippt und die Rechten noch mehr Erfolg haben könnten, wenn man nicht auf die Forderungen der Leute eingeht, sich mehr um sie zu kümmern und nicht allzu viel Rücksicht auf Ausländer zu nehmen. Da merkt man, dass die andere Seite mittlerweile ganz schön viel Respekt davor hat, wie die AfD agitiert.

— *Zum Satz S. 13 Mitte „dass die Wahlstimme des Volkes nicht auf Gründe befragt werden darf ... in diesem Sinne ist die Parole ‚Wir sind das Volk‘ zum agitatorischen Besitzstand der Rechten geworden“. Wenn das Volk wählt, macht es irgendwo ein Kreuzchen. Begründen, warum es dort ein Kreuzchen macht und nicht an anderer Stelle oder notierte Aufträge auf dem Wahlschein, das ist ja verpönt. Die Wahl ist geheim und da kann jeder mit seinen Gründen ganz bei sich bleiben und muss nicht argumentieren, warum er für oder gegen etwas ist. Das ist das „Freiheitsrecht auf politische Borniertheit“: Wir sind das Volk und damit haben wir auch Recht und eine Stimme.*

Den Satz ‚und damit haben wir auch eine Stimme‘ kann man auch so lesen: Wir sind das Volk, wir sind die Auftraggeber der Politik, wir sind die Herren im Land und wir brauchen nichts begründen.

Dass die Wahlstimme nicht auf die Gründe befragt werden darf, wird hier angeführt im Verhältnis dazu, wie der Wille des Volkes tatsächlich vorkommt: Den definieren diejenigen, die gewählt worden sind, und nicht die, die wählen. In diesem Sinne wurde die ehemalige Parole bei der Angliederung der DDR ‚Wir sind das Volk‘ hier ganz jenseits des damaligen Inhalts von den Rechten angeeignet, weil und indem die *ihren* politischen Inhalt in die Parole hinein definieren.

Wählen ist ja nichts anderes, als dem seine Zustimmung zu geben, den man sich ausgesucht hat. Da braucht es kein Argument, so geht nun mal die Demokratie. Die Gewählten sagen dann, was wir wollen ist das, was das Volk will und danach hat der Staat sich zu richten. Mit dem Anspruch treten die Leute, die Rechten vor allem, auf und sagen, das ist unser Recht gegenüber der Herrschaft, dem die nachkommen muss.

*

Beim nächsten Mal, am **7. Juni 2021**, weiter im Artikel „Anti-“ gegen „Rassisten“ (GS 1-21), das nachfolgende Thema wird wie immer auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekanntgegeben. Vorgeschlagen wurde der Artikel „Klimaschutzprogramm 2030“ (GS 1-21).